

■ Spitzbuben und Erzbösewichter

Christina Gerstenmayer, Spitzbuben und Erzbösewichter. Räuberbanden in Sachsen zwischen Strafverfolgung und medialer Repräsentation (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven; Bd. 27), München (UVK) 2013, 386 S., 10 Abb., 44 €

*»Es hat uns jene Welt,
geraedert und gehenckt,
Weil wir durch Raub und Mord,
auch diebstahl sie geckraenckt.
Solt alles haenckhen,
was sich naehrt von Raub und stehlen,
Es würde warlich bald an Strick
und Galgen fehlen.«*

Dieser aus einem »Totengespräch« stammende Moralvers setzt das Leben eines Räubers und die frühneuzeitliche Gesellschaft kritisch zueinander in Bezug. In den letzten 30 Jahren widmete sich die Geschichtsforschung zur Frühen Neuzeit vermehrt den »Armen, Vaganten und Räubern«. Gerstenmayer reiht sich mit dem vorliegenden Buch, das die Räuberbanden Kursachsens zwischen 1695 und 1803 behandelt, in diesen Trend ein. Am Anfang und am Ende des behandelten Zeitraums steht jeweils ein großer sächsischer Räuberhauptmann, Nickel List, der seit 1695 aktiv war, und Johann Karraseck, verurteilt 1803. In ihrer auf Fallstudien beruhenden Untersuchung versucht die Autorin den normativen und medialen Umgang mit Räuberbanden zueinander in Beziehung zu setzen. Das Buch ist in sechs große Kapitel untergliedert.

Im ersten, einleitenden Kapitel verdeutlicht Gerstenmayer ihre sozial-, rechts- und medienhistorischen Fragestellungen. Des Weiteren stellt sie die bisherige Räuberforschung sowie ihre verwendeten Quellen vor, die sich überwiegend aus Gerichtsakten, »aktenmäßigen« Berichten, Totengesprächen, Druckschriften, Lexikonartikeln und Zeitschriftenabhandlungen zusammenset-

zen. Ihre Untersuchung basiert auf der quantitativen Auswertung eines Samples von 200 als Bandenräuber verdächtigten Personen. Anhand der Ergebnisse geht sie den Fragen nach, woraus sich der Diskurs um die Räuberbanden des Kurfürstentums Sachsen im 18. Jahrhundert zusammensetzt und welche Wechselwirkungen sich zwischen der Strafverfolgung und den Medien-darstellungen entwickelten.

Nach der Einleitung widmet sich das zweite Kapitel der Darstellung Kursachsens während des »Augusteischen Zeitalters« und der Zeit des »Rétablissement«. An dieser Stelle werden die Territorialpolitik, der sozioökonomische Hintergrund sowie erste Einblicke in die Medienlandschaft und Strafjustiz Kursachsens gegeben. Im Untersuchungszeitraum erlebte Sachsen zunächst eine kulturelle Blüte und auch eine Zentralisierung von Herrschaft. Die Verwüstungen während des Siebenjährigen Kriegs bedeuteten für die Region einen Umbruch: Friedrich August III. bemühte sich um eine Wiedererstarkung der Wirtschaft und der sächsischen Gesellschaft. Gleichzeitig zwangen Missernten und Versorgungskrisen die Regierung die Armenfürsorge zu rationalisieren. Kursachsen wies insgesamt einen verhältnismäßig hohen Grad der Verstädterung auf – mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Städten.

Daran anschließend folgt das dritte Kapitel zur Entwicklung der Gesetzgebung Sachsens und der Umgang der »guten Policy« mit der Bandenproblematik. Darin geht die Autorin auf die Definitionen von Raub und Diebstahl in der damaligen Gesetzgebung ein. Im Fokus stehen die Carolina, das Sächsische Landrecht und der Sachsenspiegel. Zudem konkretisierten Mandate ab 1706 den obrigkeitlichen Umgang mit der Bandenkriminalität, wobei vier Entwicklungen hervorgehoben werden: die Einführung des Räderns als Strafverschärfung, die Bestrafung lokaler Gerichtsherren und Herbergsbetreiber bei unsachge-

mäßiger Kontrolle fremder Personen, die Beschneidung der Rechte des Delinquenten einerseits und die erhöhte Entscheidungskompetenz der Untersuchungsbeamten andererseits sowie schlussendlich die Diskussion um die Umsetzung des Begnadigungsrechts für geständige und kooperative Mittäter. Um die Verfolgung von Straftätern zu intensivieren, stellten die Behörden Gaunerlisten zusammen. Diese enthielten Informationen über verschiedene Personen, basierend auf Berichten der Verhörten. Gerstenmayer gibt als Beispiel die 14-jährige Catharina Sophia Dorn aus dem Jahr 1767 an, die Mitglied der »Thüringischen Bande« und maßgeblich an der Erstellung einer Gaunerliste beteiligt war.

Die folgenden zwei Kapitel richten den Fokus auf die Bandenkriminalität. Zum einen werden die sächsischen Räuber und ihre Taten, zum anderen die Strategien beider Seiten im Gerichtsprozess herausgearbeitet. Das vierte Kapitel zeigt, dass in Sachsen die Delikte um Räuberbanden, wie auch sonst vielerorts, nur einen kleinen Prozentsatz der gesamten Eigentumsdelinquenz darstellten. Trotz breiter Streuung der Überfälle lässt sich eine geographische Häufung an den Handels- und Reiserouten durch Leipzig und Dresden feststellen, wobei sowohl Stadt als auch Land gleichermaßen betroffen waren. Die Aufgabenverteilung innerhalb einer Räuberbande orientierte sich an den jeweiligen Qualifikationen der Beteiligten. Die meist aus Kleingruppen bestehenden Banden arbeiteten zwischen einigen Tagen bis zu Jahrzehnten zusammen. Beliebte Einbruchsziele waren Kram- und Kaufläden, Bauernhöfe, Wohnhäuser, Apotheken, Pfarrhäuser, Mühlen, Herbergen und Wirtshäuser. Letztere waren oft zugleich Umschlagplatz von Waren und Nachrichten.

Das fünfte Kapitel handelt von den Akteuren und ihren Argumentationen im Strafprozess. In den Gerichtsverfahren hatten Räuber die Möglichkeit Fürsprecher zu ihren Gunsten zu bestellen; diese konnten

Zeugen oder Familienmitglieder sein. Bei Bedarf verfassten Advokaten beziehungsweise Amtsmänner Verteidigungsschriften oder Gnadenbitten für die Inquisiten. Bis zur ihrer Abschaffung 1770 wurde gelegentlich auch die Folter angewandt. Urteile gegen Räuber konnten vielfältig ausfallen: Hinrichtung, Zuchthaus, Landesverweis, Gefängnisaufenthalt und Zwangsarbeit im Festungsbau stellten die häufigsten Strafen dar. Die letzte Hinrichtung eines Räubers in Sachsen erfolgte 1775.

Gerstenmayer behandelt im letzten Kapitel des Buchs die frühneuzeitlichen Printmedien Sachsens. Die Räuberthematik erfreute sich besonderer Beliebtheit in den frühneuzeitlichen Druckmedien, egal ob Flugblatt oder Zeitung. Zeitungen und Intelligenzblätter publizierten Fahndungs- und Gaunerlisten und kreierten sogenannte »Totengespräche«; diese fiktiven Dialoge verstorbener Krimineller waren sehr beliebt. Aber auch Periodika und Enzyklopädien, wie das bekannte Zedlersche Universallexikon, sowie gedruckte Predigten waren herrschaftliche Versuche, Feindbilder und Stereotype zu konstruieren. Bildliche Darstellungen illustrierten die Texte und erreichten auch die unbesessene Bevölkerung. Mit Hilfe der Printmedien bildeten sich im 18. Jahrhundert mehrere Stereotypen von Räubern heraus, die sich vom Bösewicht und Spitzbuben zum Reumütigen, Familienmenschen und sogar zum Helden entwickelten. Während die Räuberproblematik lange als moralisch verwerfliche Gefährdung gesellschaftlicher Ordnung thematisiert wurde, gewannen – wie Gerstenmayer konstatiert – am Ende des Untersuchungszeitraums Deutungen von Einzelschicksalen die Oberhand, die von anthropologischem Interesse zeugen.

Christina Gerstenmayer ist mit ihrer auf mikrogeschichtlichen Fallstudien basierenden Untersuchung ein guter Überblick zu diesem Thema gelungen. Ihre Analyse des normativen, praktischen und medialen Umgangs mit Räuberbanden für einen territorial begrenzten Untersuchungsraum ist in

der bisherigen Forschungsliteratur einzigartig. Bereits das umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis zeugt von intensiver Reflexion des Forschungsstands. Die stets wiederkehrende Rückführung und Bezugnahme auf gegenwärtige Forschungsfragen, wie zum Beispiel die viel diskutierte Definition des Begriffs »Bande« sowie die Frage nach der internen Gruppendynamik von Räubergemeinschaften, ist gut herausgearbeitet und argumentiert. Stilistisch erscheint Gerstenmayers Werk aufgrund vieler langer, verschachtelter Sätze etwas abschreckend, und Bettler und Vaganten, die eine wichtige Rolle für den Räuberdiskurs spielen, werden nur am Rande behandelt.

Die Autorin hält sich in ihren Aussagen streng an die Ergebnisse ihrer Untersuchung. Sie präsentiert kein allgemein gültiges Modell der sächsischen Räuberbande beziehungsweise des sächsischen Räuberhauptmanns, sondern zeigt vielmehr verschiedene Einzelschicksale auf. Dennoch hebt Gerstenmayers Arbeit aufs Neue den reichen Forschungsertrag hervor, den Studien zum Räuberdiskurs ermöglichen, und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Sozial- und Kriminalitätsgeschichte der Frühen Neuzeit.

BIRGIT HEINZLE (WIEN)

■ Machtstrukturen und Karrieremechanismen am Hof

Leonhard Horowski, *Die Belagerung des Throns. Machtstrukturen und Karrieremechanismen am Hof von Frankreich 1661–1789* (Beihefte der Francia; Bd. 74), Ostfildern (Thorbecke) 2012, 792 S., 69 €

Die traditionelle Geschichte des französischen Königshofs unter Ludwig XIV. und seinen Nachfolgern deutet den Hof als Machtinstrument des Königs. Ludwig XIV. habe die bedeutenden Familien des Schwertadels an den Hof gezwungen, sie dort mit kostspieligen Vergnügungen unterhalten, zugleich aber auch entmachtet, ruhiggestellt

und nicht selten ruiniert. Von dieser Strategie profitierten zum einen der König selbst, zum anderen aber auch strebsame Minister der *noblesse du robe*, die mit den Ministerämtern die eigentlichen Machtpositionen am Hof übertragen bekommen hatten und als oberste Agenten des Absolutismus mit bürokratischen Entscheidungsverfahren feudale Abhängigkeiten zunehmend ersetzten.

Nun hat dieses Bild bereits seit einigen Jahren ernsthafte Kratzer abbekommen, unter anderem durch die Forschungen von Jeroen Duindam, Katja Béguin und Daniel Dessert. Doch stand eine umfassende Untersuchung der Mitglieder des Hofes von Versailles bislang aus: Es fehlte eine prosopographische Untersuchung über das persönliche Umfeld des Monarchen. Leonhard Horowski hat eine solche Untersuchung nun vorgelegt – und weit mehr als das. Er stellt aufs Neue die Frage nach den Gewinnern am Königshof und kommt dabei zu neuen und erstaunlichen Einsichten, die für die Hofforschung insgesamt von größter Bedeutung sind.

Horowski untersucht die Karrierewege aller Amtsinhaber der obersten Chargen der verschiedenen Hofstaaten von Versailles (des Hofstaats des Königs, der Königin und der königlichen Kinder) sowie derjenigen, die in seiner Untersuchungszeit mit dem Heiligtum ausgezeichnet wurden oder eine Herzogswürde verliehen bekamen. Dabei beschränkt er sich auf diejenigen Ämter und Ehrungen, die vom König selbst vergeben wurden, deren Empfänger ihren Eid gegenüber dem König zu leisten hatten und die es ermöglichten, sich über längere Zeit in unmittelbarer Umgebung zum König aufzuhalten. Insgesamt hat Horowski ungefähr 50 Ämter ausgemacht, deren Inhaber im Hinblick auf ihren geburtsständischen Adelsrang, ihre familiäre Verflechtung, ihre individuellen Karrierewege sowie ihre Nachkommen akribisch untersucht werden. Dabei nimmt er einen großen Zeitraum in den Blick: Seine Untersuchung geht aus vom Jahr 1661, dem Beginn der sogenannten

Selbstregierung Ludwigs XIV., und endet 1789. Das Tableau der zu untersuchenden Amtsträger besteht aus stattlichen 687 Personen, deren Daten nicht nur im üppigen Anhang der Arbeit verfügbar sind, sondern auch in einer beiliegenden CD-ROM.

Horowski macht deutlich, dass es sich beim Hof von Versailles um keinen goldenen Käfig handelte, sondern eher um einen Markt, auf dem zahlreiche begehrte Güter verteilt wurden: sichtbare Gnadenweise des Königs, hohe Ämter und Auszeichnungen und damit verknüpft Einflusschancen und Einnahmequellen. Zu diesem Markt hatten die Akteure aber keine gleichen Zugangsbedingungen, im Gegenteil: Diejenigen Personen, die sich in der Umgebung des Königs aufhielten, hatten bei der Vergabe neuer Ämter die besten Karten, da sie sowohl über mehr Informationen verfügten als auch über geeignetere Möglichkeiten der Einflussnahme als andere. Es verwundert daher nicht, dass die überwältigende Mehrzahl der hohen Hofchargen an den immer gleichen Kreis hochadeliger Familien vergeben wurde, die am Hof bereits präsent waren. Diese Familien waren aufgrund ihres Heiratsverhaltens zunehmend miteinander verflochten und grenzten sich damit immer stärker von anderen Familien des Schwertadels ab. Nur wenigen Inhabern eines Ministeramts gelang es, ihre Familien dauerhaft in diesen Kreis zu integrieren, allen anderen Mitgliedern der *noblesse du robe* blieb der Zugang versperrt.

Die Inhaber der obersten Hofämter hatten keine politischen Kompetenzen im Sinne moderner Verwaltungslogik: Sie hatten kein Fachressort, das ihnen sachpolitische Zuständigkeit verschaffte. Horowski betont aber zu Recht, dass daraus nicht, wie lange Jahre in der Geschichtswissenschaft angenommen, auf deren vermeintliche Machtlosigkeit geschlossen werden dürfe, im Gegenteil: Sie verfügten aufgrund ihrer Hofämter über Königsnähe und aufgrund ihrer Position innerhalb des Hochadels über diejenigen Kontakte am Hof und im Land,

die notwendig waren, um Entscheidungen durchzusetzen. Auch die Minister kamen an diesen Chargeninhabern nicht vorbei und waren auf deren soziales Kapital angewiesen – daraus speiste sich deren Machtposition, die sie seit Ludwig XIV. bis zum Beginn der französischen Revolution innehatten und kontinuierlich ausbauen konnten. Auch von einem ruinösen Wettlauf der großen Familien um die Gunst des Königs kann keine Rede sein: Horowski kennt nur ein einziges Beispiel einer Hoffamilie, die sich aus ökonomischen Gründen vom Hof zurückziehen musste.

Nachdem Horowski in vier grundlegenden Kapiteln die für seine Untersuchung relevanten Ämter und ihre Inhaber, die soziale Zusammensetzung der Amtsträgerschaft, die Gewinner und die Verlierer im Wettkampf um Königsnähe vorgestellt hat, zeigt er in zwei abschließenden Kapiteln die Investitionen auf, mit denen die Inhaber der obersten Hofchargen kontinuierlich dafür sorgten, dass ihnen diese privilegierte Position im Umkreis des Königs nicht mehr genommen werden konnte. Im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stand das Fortbestehen des agnatischen Familienverbands: die Namensträgerfamilie. Um ihren Status zu bewahren oder zu verbessern, wurde das Kapital auf den jeweils ältesten männlichen Erben konzentriert, für ihn wurden die prestigeträchtigsten Ämter – möglichst bereits zu Lebzeiten des bisherigen Amtsinhabers – reserviert, wofür man die Zustimmung des Königs brauchte. Er wurde zudem möglichst mit Töchtern aus dem Kreis der Familien vermählt, die ebenfalls oberste Hofchargen bekleideten. Diese Namensträgerfamilien standen am Hof in permanenter Konkurrenz zueinander, zugleich waren sie aber auch auf Bündnisse und Koalitionen angewiesen. Diese Bündnisse gingen mit Heiratsverbindungen einher, um gemeinsam die für den eigenen Statuserhalt notwendigen Ressourcen besser akquirieren zu können. Die Zielsetzung der Status- und Ressourcenakkumulation war, wie Horowski nach-

weisen kann, der entscheidende Beweggrund für die Faktionsbildung am Hof, nicht aber inhaltliche Überzeugungen und politische Übereinstimmungen; Fragen der Außenpolitik, der Religionspolitik oder andere politische Streitfragen spielten bei der Faktionsbildung gegenüber Fragen der Postenbesetzung eine bestenfalls untergeordnete Rolle.

Leonhard Horowski hat mit seiner Untersuchung der Inhaber der obersten Ämter am französischen Königshof ein bahnbrechendes Werk vorgelegt, das den Forschungsstand über Versailles auf eine ganz neue Stufe hebt. Er hat sowohl das oberste Hofpersonal nach allen Regeln sozialwissenschaftlicher Analyse durchleuchtet als auch die Strukturbedingungen höfischer Politik dargelegt. Auf beiden Feldern sind ihm grundlegende Einsichten zu verdanken, auf die die Hof-Forschung insgesamt fortan nicht verzichten sollte.

ANDREAS PEČAR (HALLE AN DER SAALE)

■ Die Aufklärung in Russland

Michael Schippa, Die Aufklärung in Russland im 18. Jahrhundert (Wolfenbütteler Forschungen; Bd. 131), Wiesbaden (Harrassowitz) 2012, 493 S., 88,00 €

Schon seit langem wird das Fehlen einer deutschsprachigen Überblicksdarstellung zur Geschichte der Aufklärung in Russland beklagt. Michael Schippa füllt also mit seiner Monographie eine Lücke. Dies erfolgt mit großer Sachkenntnis und auf dem neuesten Stand der Russlandforschung. *Aufklärung in Russland* im 18. Jahrhundert macht klar, dass sich der Begriff der Aufklärung bereits Mitte des 18. Jahrhunderts in diesem Imperium etablierte und dass sich unterschiedliche Akteure ein Selbstbild als Aufklärer aneigneten, um sich in der Öffentlichkeit zu profilieren. Die zahlreichen ideengeschichtlichen Details, die in dieser Monographie vorgestellt werden, zeigen deutlich, dass die allgemeine Aufklärungsforschung

das Imperium Katharinas II. zu Unrecht vernachlässigt. So kann Schippas Buch als eine nützliche Einführung in die russische Ideengeschichte des 18. Jahrhunderts und die Forschung in diesem Bereich dienen.

Der Autor gibt einführend einen fundierten Überblick über die Geschichte des russischen Begriffs von Aufklärung (*prosvetščenie*). Es folgt ein chronologisch angelegter erster Teil über die Förderung der Aufklärung durch die Herrscherinnen und Herrscher. Die tonangebenden Akteure, Institutionen und Milieus (sowohl in den beiden Hauptstädten als auch in der Provinz) sowie die Themenfelder werden im zweiten und dritten Teil dargestellt. Der Autor gibt Einblicke in die Debatten um die Europäizität Russlands, um Sinn und Unsinn des Kriegs, die Leibeigenschaft und die wirtschaftliche Entwicklung. Er behandelt auch die Einstellungen der Aufklärer zur russisch-orthodoxen Kirche und zum Christentum.

Schippa argumentiert vor allem gegen zwei Forschungstendenzen: Erstens richtet er sich gegen die These, es habe gar keine richtige Aufklärung in Russland gegeben. In diesem Zusammenhang wehrt sich Schippa gegen die Auffassung, Katharina II. habe sich nur als eine Aufklärerin inszeniert und an die progressiven Ideale nicht wahrhaftig geglaubt. Zweitens widerspricht die Monographie dem Tenor der sowjetischen und postsowjetischen Historiographie, die Schippa aus zwei Gründen problematisch findet. Sie habe aus einem nationalistischen Geist heraus eine spezifisch russische Aufklärung ausgemacht und die Ideentransfers aus dem westlichen Europa negiert. Auch habe sie die Aufklärung als eine antireligiöse Bewegung aufgefasst.

Schippa antwortet auf die nationalistischen Tendenzen der sowjetischen Historiographie, indem er eine Geschichte der Aufklärung in Russland und nicht der russischen Aufklärung schreibt. Er zeigt, dass in den intellektuellen Milieus des Russländischen Reichs unter anderem auch Polen,

Ukrainer, Deutsche und Franzosen wirkten. Die Aufklärungsgeschichte ist bei ihm eine Transfergeschichte. Zudem berücksichtigt er christliche und esoterische Autoren.

Trotz der beeindruckenden Sachkenntnis des Autors und dem Facettenreichtum seiner Darstellung sei dennoch Kritik erlaubt. Das Hauptmanko der Arbeit liegt darin, dass sie wenig Anschluss an die allgemeine Aufklärungsforschung findet. Schippan antwortet auf Thesen, die spezifisch für eine auf Russland zentrierte Historiographie sind, und stellt nur sehr wenige Bezüge zu den jüngeren Debatten der allgemeinen Aufklärungsforschung her. Er positioniert sich beispielsweise weder gegenüber der postmodernen Aufklärungskritik (zum Beispiel von Gayatri Spivak oder John Gray) noch in der Diskussion über Einheit und Vielfalt der Aufklärung(en), die unter anderem von John Robertson, Jonathan Israel und John Pocock geführt wurde. Es fehlt eine Auseinandersetzung mit neueren Ansätzen wie zum Beispiel Dan Edelsteins These, die Aufklärung sei als eine Erzählung aufzufassen. Symptomatisch ist, dass in Schippans Monographie die Klassiker der Aufklärungsforschung (Paul Hazard, Ernst Cassirer, Peter Gay, Isaiah Berlin, John Pocock) unerwähnt bleiben.

Das weitgehende Fehlen einer Auseinandersetzung mit der Aufklärungsforschung und ihrer Geschichte führt zu konzeptionellen Mängeln. Schippan zieht kaum in Betracht, dass die »Aufklärung« in doppelter Hinsicht ein polemisches Konstrukt ist: Sie wurde sowohl von Akteuren aus dem 18. Jahrhundert erschaffen, die mit diesem Begriff Geltungsansprüche formulierten, als auch von Historikerinnen und Historikern, die damit im 19. und 20. Jahrhundert unterschiedliche politische Agenden verfolgten. Der Autor betrachtet »die Aufklärung« als eine gegebene Tatsache und behauptet wiederholt, diese habe sich in Russland im 18. Jahrhundert »durchgesetzt«. Was genau unter der »Durchsetzung der Aufklärung« zu verstehen ist, bleibt ungeklärt.

Aus der unzureichenden Berücksichtigung jüngerer theoretischer Reflexionen resultiert auch ein in zweifacher Hinsicht problematischer Umgang mit den Quellen. Erstens liest Schippan seine Quellen kaum als »Sprechakte«, mit denen die selbsternannten Aufklärer und die Herrscherinnen und Herrscher eine bestimmte Wirkungsabsicht verbanden. So folgt er tendenziell der Selbstinszenierung der Akteure als Träger des Fortschritts, ohne im Detail herauszuarbeiten, in welche Kontexte sich deren Texte einfügten. Dies wird bei seiner Darstellung Katharinas II. als »impératrice-philosophe« besonders deutlich, der er sogar eine Ablehnung des Kriegs nachsagt. Zwar schreibt Schippan viel über ihre Selbstinszenierungen, doch bleibt er dabei, die »wahre« Katharina hinter den Quellen zu vermuten. Zweitens berücksichtigt Schippan bei seiner These einer »Durchsetzung« der Aufklärung in Russland ein wichtiges methodologisches Problem nicht, auf das Roger Chartier aufmerksam gemacht hat, nämlich dass Texte bei der Rezeption mit unterschiedlichem Sinn gefüllt werden. Er geht von einer einfachen Verpflanzung der Ideen aus und untersucht deswegen nicht wirklich, wie Akteure des öffentlichen Lebens sich in Russland die aufklärerischen Ideen aneigneten.

Die *Aufklärung in Russland* im 18. Jahrhundert ist eine kenntnisreiche und nützliche Einleitung in die russische Geistesgeschichte, verpasst aber bedauerlicherweise die Chance, über die Darstellung des russischen Falls hinaus Thesen aufzustellen, die einen Beitrag zur allgemeinen Aufklärungsforschung darstellen würden.

DAMIEN TRICOIRE (HALLE AN DER SAALE)

■ Revolutionary Love

Allan H. Pasco, Revolutionary Love in Eighteenth- and Early Nineteenth-Century France, Burlington, VT/Farnham, UK (Ashgate Publishing) 2009, 227 S., 65 £

In this engaging comprehensive study Allan Pasco investigates the changing attitudes about love and marriage in France from the late seventeenth to the early nineteenth century. His literary and historical analysis shows that perceptions about emotion and the institutions related to love were linked to the rise of individualism and reflective of the social upheavals of the eighteenth century. Pasco asks how we can know how people felt and behaved about something so intimate and personal as love and passion. In the face of insufficient historical documentation he turns to literature for answers and thoroughly mines numerous works of fiction to recover the »mentalities« of eighteenth-century subjects. By combining extensive literary investigation with archival research Pasco is able to understand not only how literate aristocrats felt and behaved but also how love and marriage played out across the classes. He believes novels and plays provide underexplored avenues that lead scholars to a better understanding of the beliefs and emotions of French people from all social groups. Pasco skillfully uses literature and historical documents in tandem to reconstruct a fuller vision of eighteenth-century life demonstrating that the legacy of love we live today is rooted in the eighteenth-century.

In Chapter 1, »French Literature as Historical Archive«, Pasco outlines his methodology while simultaneously defending the application of literature as historical archive. He acknowledges that while fiction may not provide exact information, facts and figures, it can and does provide insight into common attitudes and opinions. Pasco justifies the use of popular literature for several reasons: literature was a form of mass media driven

by the market and reflective of the desire and interests of the public; popular literature was consumed by the middle and petty classes meaning it grants access to how groups beyond the aristocracy felt and thought about love; and the tumultuous, indeed life-threatening events of the Revolution motivated families to destroy personal documents creating gaps in the historical record. Literature allows us to fill those gaps. Pasco convincingly establishes his criteria for confirming the veracity and applicability of popular literature and argues that by drawing from a broad sample, contextualizing the content of literature, and cross-checking against available historical documentation he is able to assess how people felt and behaved.

In chapters 2 and 3 Pasco considers how marriage functioned as a stabilizing force within seventeenth- and eighteenth-century society. Chapter 2, »Love and War«, explores the evolving relationship between love as emotion and marriage as institution from the seventeenth through the early nineteenth century. Using a range of well-known and lesser-known literary works, Pasco sets up a stark comparison between early models of marriage which preferred a permanent legal union built on affection and friendship, but not necessarily love, to the Pre-Romantic ideal that emerged in the mid-eighteenth century where marriage became the expression of a unique love and intense passion between two mutually consenting individuals. Chapter 3, »Thunderstruck at First Sight«, discusses the redefinition of love from the fulfillment of familial obligation within a closed marital relationship to an »extreme affection within or without marriage that was allied with passionate commitment to the other«. By the late eighteenth century, as major stabilizing institutions like the Catholic Church and the French monarchy were losing power, love became aligned with passion but in the face of these monumental changes forming lasting sentimental connection came to be highly desired. Pasco

argues anxiety over finding a life-long true love is evident in repeated literary motifs like the *coup de foudre*, love-tests, and suicide.

The permanence of marriage was ultimately challenged with the legalization of divorce in 1792 and chapters 4 and 5 take up the issue of serial love, social law, and the natural man. In chapter 4, »The ›Tahitian Mirage‹ and the Dream of Serial Love«, Pasco analyzes a favorite late eighteenth-century literary setting, the deserted island, and the specifically French fascination with Tahiti. Focusing primarily on Diderot's *Supplément au voyage de Bougainville*, Pasco argues that fantasies about Tahiti reflected the philosophe's desire to discover a new rule of law based on nature and to learn the virtues of »natural« man, someone pure of the corrupting force of civilization. In Diderot's idyllic vision of Tahitian life adultery is avoided through short-term serial marriages that produced legitimate offspring sustaining society through population growth. The concept of passionate serial love in France is taken up in chapter 5, »Divorce and the Death of Love«, where Pasco addresses the topic of divorce as it appears in Madame de Staël's *Delphine*. Here, Pasco uses de Staël's canonical work as an example of how the topic was treated in »scores« of novels in the last decade of the eighteenth century. According to Pasco in *Delphine*, »divorce and the Revolution are linked symbiotically: they symbolize a break between the past and the future«. Chapter 6 explores what the new future of sexual and emotional freedom holds.

In the last core chapter, »The Roses and Thorns of Love«, Pasco provides a synthesis of the major ideas presented throughout the book to solidify his overarching argument that literature chronicles the revolutionary change from a love defined as dutifully meeting familial obligations to a self-centered individual desire for overwhelming passion. This change was gradual, taking place over the course of nearly two hundred years, but its effects were monumental and

abiding. By the early nineteenth century, relationships were viewed in ways completely different from those a hundred years earlier. Literature of the period reflects some of the negative social side effects of the growing acceptability of open marriages, specifically prostitution and the spread of syphilis.

This extensively researched and rigorously analyzed book will be of relevance to scholars of Pre-Romanticism and Romanticism, sociology and psychology, literature and history. Pasco's interdisciplinary approach is reiterated in his inclusion of eight illustrations situated at the beginning of each chapter: Carle Van Loo's *La Lecture espagnole*, Fragonard's *Le Baiser à la dérobée*, Greuze's *Jeune Fille qui fait sa prière à l'Amour*, an engraving *Reveries* by an unknown artist, a Lesueur brothers' gouache, *Reconciliation*, Fragonard's *Le Verrou*, and *Le Feu: la sexualité débride*. Like the large sample of literature Pasco compiles these works of art to reiterate the enduring fascination with love and marriage throughout the eighteenth century. Passion, its positive and negative effects on the subject and society, inspired authors and artists alike. Using literature as a point of entry into the hearts and minds of eighteenth-century subjects Pasco convincingly reveals that marriage, love, and passion held enormous interest for eighteenth-century subjects, and literature not only reflected new manners and sentiments but also inspired people to emote and behave in the mode of literary heroes and heroines.

ALISON HAFFERA (CLARKSVILLE/TENNESSEE)

■ The End of Slavery

Ulrike Schmieder/Katja Füllberg-Stolberg/
Michael Zeuske (Hg.), *The End of Slavery in
Africa and the Americas. A Comparative
Approach (Sklaverei und Postemanzipation;
Bd. 4)*, Berlin u. a. (LIT Verlag) 2011, 176 S.,
29,90 €

»Durch das Geschrei der Leute erfuhr ich, daß es mit der Sklaverei aus war«, erinnerte sich der frühere Sklave Esteban Montejo im Rückblick an die Abschaffung der Sklaverei auf Kuba. »Sie schrien: ›Wir sind frei! Aber ich ging weiter, als ob nichts passiert wäre. Für mich war es eine Lüge. [...] Trotz allem vergingen Jahre, und es gab immer noch Sklaven in Cuba.«¹ Die atlantische Sklaverei endete quälend langsam, nicht abrupt. Zwischen ihrer Abschaffung in Massachusetts (1780) und auf Kuba (1880) lagen hundert Jahre, in denen sich das Umformen von Arbeitsregimes, Rechtsordnungen und anderen Bereichen des Zusammenlebens in vielen Gebieten über Jahrzehnte erstreckte. Währenddessen lebten und arbeiteten Ex-Sklaven und -Sklavinnen oft weiterhin unter Bedingungen nahezu völliger Abhängigkeit. »Das dauerte länger, als die Leute glaubten«, beobachtete Montejo.

Im vorliegenden Sammelband diskutieren neun ausgewiesene KennerInnen der neuzeitlichen Geschichte Nord- und Südamerikas, Afrikas und der Karibik, wie beteiligte Akteure das lange Ende der Sklaverei unter den jeweiligen Bedingungen vor Ort ausgestalteten. Die vergleichende Perspektive, die der Titel verspricht, ist weniger in einer gemeinsamen Methodik der Aufsätze angelegt als im Beobachtungsmodus des Bandes, wie ihn die Einleitung beschreibt: Mikrohistorische Untersuchungen einzelner Schauplätze und makrohisto-

rische Analysen der den Atlantik übergreifenden Veränderungen werden wechselseitig aufeinander bezogen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten, Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten zu erkennen und das Ende der atlantischen Sklaverei als eine Geschichte globaler Verflechtungen zu konturieren.

Einige Aufsätze fokussieren entweder auf die Mikro- oder auf die Makroebene, während andere beide Beobachtungsweisen ineinanderfügen. Zur zweiten Kategorie zählt der Beitrag von Silke Strickrodt. Sie untersucht am Fall von Little Popo, dem heutigen Aného an der Küste Togos, wie das Zusammenspiel lokaler und globaler Faktoren die Konjunkturen des Sklavenhandels vor Ort ausformte. In den wirtschaftlichen Auf- und Abschwüngen in Little Popo zwischen 1683 und 1852 zeigen sich antizyklische Phasen, in denen die Handelsintensität konträr zum atlantischen Trend verlief – so auch die Postabolitionszeit: Nach dem britischen Verbot des Sklavenhandels im *Slave Trade Act* von 1807 florierte der Sklavenhandel in Little Popo wie selten zuvor. Solche Phänomene zeigen, so Strickrodt, dass die Nachfrage nach SklavInnen für westafrikanische Küstengesellschaften keine allmächtige Determinante war. Vielmehr eröffnete sie einen Möglichkeitsraum, in dem Akteure aus ihrer jeweiligen Situiertheit heraus unterschiedlich agieren konnten. Der *Slave Trade Act* fiel zeitlich mit dem Beginn der britischen Kolonialherrschaft in Südafrika zusammen. Patrick Harries fragt in seinem Beitrag, inwieweit die Erfahrungen der Briten am Kap auf ihre Anti-Sklaverei-Politik zurückwirkten. Von Kapstadt aus intensivierte die *Royal Navy* in den 1830er Jahren ihre Operationen gegen Sklavenschiffe in der Straße von Moçambique. In den Schwierigkeiten, auf die das Anti-Sklaverei-Geschwader dort stieß, sieht Harries einen wesentlichen Impuls für die Ausweitung der Flottenbefugnisse im *Palmerston Act* von 1839.

In Südafrika und anderen kolonialen Sklavereigesellschaften verhielten sich euro-

1 Miguel Barnet, *Der Cimarrón. Die Lebensgeschichte eines entflohenen Negersklaven aus Cuba*, Frankfurt am Main 1999, S. 63.

päische Akteure zur Sklavenbefreiung zögerlicher und widersprüchlicher, als es den abolitionistischen Strategen in London und anderswo lieb sein konnte. Das Beispiel der Herrnhuter Brüdergemeinde zeigt das besonders drastisch: Deren Missionare betrachteten SklavInnen zwar als gleichwertige Menschen, sahen aber in der Ordnung der Welt einen Ausdruck göttlichen Willens. In ihren Missionierungsgebieten in der Karibik betrieben sie deshalb eine Politik der Aufrechterhaltung des Bestehenden und beuteten selbst Sklavenarbeit aus. Claus Füllberg-Stolberg stellt thesenartig heraus, wie sich die christliche Mission im Fall der Brüdergemeinde nicht als treibende Kraft, sondern als getriebener Nachzügler der Sklavenbefreiung erwies: Erst in den 1860er Jahren schwenkten die Missionare unter starkem Druck von außen auf einen abolitionistischen Kurs ein.

Auf ähnliche Ambivalenzen verweist der Beitrag von Norbert Finzsch, der die Arbeitsgeschichte in den amerikanischen Südstaaten während der Reconstruction-Jahre untersucht. Auf den ersten Blick tat sich nach dem Ende des Bürgerkriegs ein tiefer Konflikt zwischen weißen Landbesitzern und der Militärverwaltung auf, die die neuen Freiheitsrechte der vormaligen FarmsklavInnen durchzusetzen suchte. Bei näherer Betrachtung offenbart sich jedoch ein gemeinsames Interesse beider Parteien, nämlich die Versorgung der Landwirtschaft mit billiger Arbeitskraft. Weil sie die Kontrolle über die Arbeitsleistung der Ex-SklavInnen nicht aufgeben wollte, leistete die Militärverwaltung, so Finzsch, der Herausbildung eines kastenartigen Farmpächter-Systems Vorschub. Darin arbeiteten de jure freie Ex-SklavInnen de facto als Leibeigene. Wie in den Südstaaten erwies sich der mangelnde Zugang zu Land auch auf Jamaika, wo die Sklaverei 1838 endete, als Emanzipationshemmnis. Weil das passive Wahlrecht Landbesitz voraussetzte und das aktive Wahlrecht erkauf werden musste, blieben die meisten Ex-SklavInnen von den Wahlen

ausgeschlossen. In der Zusammensetzung der Nationalversammlung bildete sich die Abschaffung der Sklaverei daher kaum ab. Bis zu seiner Auflösung 1865 zogen nur zwei Schwarze in das Gremium ein. Swithin Wilmot zeigt, dass sie ihre Wählerschaft vor allem in ländlichen Neuansiedlungen fanden, wo schwarze Handwerker und Kleingrundbesitzer ihre Freiheitsrechte auszugestalten suchten.

Im atlantischen Kontext beinhaltete Versklavung fast immer den Verlust des eigenen Namens: Versklavte erhielten Nummern, Brandzeichen, Spitznamen oder neue, meist christliche Namen. Am Fall Kubas untersucht Michael Zeuske, wie eine Postemanzipationsgesellschaft diese Symbole der Ermächtigung und Entindividualisierung verhandelte. Demzufolge nahmen befreite SklavInnen ab 1868 immer öfter Vor- und Zunamen spanischen Musters an. Doch Beamte in den Standesämtern fügten diesen Namen vielsagende Abkürzungen hinzu, die den vormaligen Sklavenstatus weiterhin zu erkennen gaben. Das Notariat wurde so zum Schauplatz und Spiegel des Kampfs um Gleichberechtigung und auch zu einer Institution des »rassenblinden« Rassismus auf Kuba, der Menschen auf mittelbaren Wegen zu rassifizieren wusste. Die Eigenheiten der Sklavereigeschichte Kubas zeichnen sich auch im Beitrag Ulrike Schmieders ab. Dem kubanischen Fall stellt sie den Martiniques zur Seite und fragt, wie sich mikro- und globalgeschichtliche Perspektiven auf das Ende der Sklaverei zusammenführen lassen. Mikrohistorisch betrachtet stand die Abschaffung der Sklaverei auf Martinique (1848) und Kuba (1880) am Ende einer langen Kette des Widerstands von SklavInnen auf den karibischen Inseln. Globalgeschichtlich betrachtet hing sie mit der atlantischen Abolitionsbewegung und den bürgerlich-revolutionären Erhebungen in Europa zusammen, vor allem mit der französischen Februarrevolution. Als mögliche Verbindungen beider Betrachtungsweisen diskutiert Schmieder anhand schlaglichtartiger

Beispiele den historischen Vergleich, die Transferuntersuchung und die Analyse von Transkulturalisationsprozessen. Dabei zeigt sie, dass lokale Eigendynamiken die (Post-) Abolitionsgeschichte auf Kuba deutlicher prägten als im Fall Martiniques.

Zwei wesentliche Herausforderungen einer globalgeschichtlichen Perspektive auf das Ende der atlantischen Sklaverei thematisiert Jan-Georg Deutsch in einem den Band abschließenden Kommentar: Erstens trugen Begriffe wie »Sklaverei«, »Sklavenhandel« und »Emanzipation« in unterschiedlichen Kontexten recht verschiedene Bedeutungen. HistorikerInnen, die sie als erkenntnisleitende Kategorien durch geschichtliche Zeiten und Räume tragen, deuten damit Analogien an, die sich bei näherer Betrachtung mitunter als trügerisch erweisen. Zweitens wirft der Begriff »Post-emanzipationszeit« als globale Epochenbezeichnung die bislang ungeklärte Frage auf, wie das Ende dieser Epoche zu bestimmen wäre. Doch von Debatten um Begriffe und Epochengrenzen sollte sich ein globalgeschichtliches Herangehen an das Ende der atlantischen Sklaverei nicht lähmen lassen, so Deutsch. Fruchtbar scheint es ihm, konkrete Bedingungen, Faktoren und Verläufe der Wandlungsprozesse zu vergleichen, die die Sklaverei in verschiedenen Weltregionen beendet haben.

Die von Deutsch benannten Schwierigkeiten lassen erahnen, weshalb sich die Einleitung beim konzeptionellen Umfassen des Themas auffallend zurückhält. Das Ende der atlantischen Sklaverei gibt keinen Regelfall zu erkennen, von dem sich einzelne Vorgänge als Entsprechung oder Abweichung erklären ließen. Es sperrt sich gegenüber umfänglichen Synthesen und einer monophonen Meistererzählung. Folgerichtig ergeben die Aufsätze zusammen betrachtet das kaleidoskopartige Bild eines vielstimmigen und vielschichtigen, durch weltgeschichtliche Dynamiken verflochtenen Nebeneinanders von Aneignungsweisen. Den in mehreren Beiträgen angeführten globalen Charak-

ter dieser Verflechtungen hätte der Band durch ein Einbeziehen der *indentured servitude* beziehungsweise Kontraktarbeit, die vielerorts auf die Sklaverei folgte und teils parallel zu ihr existierte, noch stärker unterstreichen können. Denn gerade die Migrationsketten von KontraktarbeiterInnen, die auch Asien, Ozeanien und die Welt des Indischen Ozeans einbezogen, zeigen deutlich, wie das Ende der atlantischen Sklaverei weit über den atlantischen Kontext hinaus die Welt verändert hat. Bedenkt man allerdings, dass eine globalgeschichtliche Herangehensweise an die Sklavenbefreiung so oder so einen tendenziell unendlichen Problemhorizont öffnet, lässt sich dem Band das Aussparen dieses Aspekts oder jenes Gebiets nicht zum Vorwurf machen. Zumal die Beobachtung (vermeintlich) neuer Formen von Zwangsarbeit und Menschenhandel im Zuge der Globalisierung die Frage aufwirft, ob das lange Ende der Sklaverei überhaupt ein Ende ist.

FELIX SCHÜRMANN (FRANKFURT AM MAIN)

■ Aufsätze männlicher Fürsorgezöglinge

Werkstatt Alltagsgeschichte (Hg.), Du Mörder meiner Jugend. Edition von Aufsätzen männlicher Fürsorgezöglinge aus der Weimarer Republik, Münster (Waxmann Verlag) 2011, 539 S., 84 Abb., 44,90 €

Das Buch resultiert aus einer verdienstvollen Initiative: Studierende haben unter der Leitung eines Professors eine quellenkritische Edition erstellt. Viel mehr als in einer Übung, viel, viel mehr als in einer Seminararbeit, geht es um eine ernste und wissenschaftlich, speziell geschichtswissenschaftlich erstklassige Praxis, kurz: um eine Werkstatt, in diesem Fall eine »Werkstatt Alltagsgeschichte«, wie sich das herausgebende Kollektiv genannt hat. Wir haben es also mit studentischem Enthusiasmus und professoralem Engagement zu tun, wie man sie selten antrifft. Ehrlich gesagt, es war den Stu-

dierenden am Anfang nicht wirklich bewusst, wieviel Arbeit auf sie wartete, obwohl der Professor sie gewarnt hatte, dass es »eine Knochenarbeit« werde, die »sich insgesamt über einen längeren Zeitraum als über ein Semester erstrecken« würde. (Eine gute Idee des Kollektivs war es, den ersten Mailwechsel am Ende des Bandes zu dokumentieren: Man kann so die Genese der Forschung verstehen und beobachten, wie sich die Kombination von Begeisterung und Ernsthaftigkeit, die die ganze Arbeit charakterisiert, von Anfang an durchgesetzt hat.) Die Arbeit hat eigentlich Jahre gedauert, sie wurde von den Studierenden dennoch »während ihres Studiums und neben ihrem Studium« geleistet. Ein solches Projekt kann sicher Vorbild sein. So »studiert« man nicht nur Geschichte, sondern »erfährt« den Beruf des Historikers, tritt in seine Werkstatt ein und am Ende leistet man sogar einen Beitrag zu geschichtswissenschaftlichen Problemstellungen.

Bei den Quellen, die kritisch herausgegeben wurden, handelt es sich um Aufsätze männlicher Fürsorgezöglinge der Berliner Landerziehungsanstalt Struveshof, die der Berliner Publizist Peter Martin Lampel im Frühjahr 1928 hat niederschreiben lassen. Lampel benutzte die Texte, um das damals berühmte Buch *Jungen in Not* (1928) und sein erfolgreiches Drama *Revolte im Erziehungshaus* (1929) zu verfassen, die einen entscheidenden Beitrag zur zeitgenössischen Kritik am Jugendfürsorgewesen in der Weimarer Republik darstellten. Die Aufsätze sind in der Fürsorgehistoriographie bekannt – quellenkritisch erschlossen wurden sie bislang aber nicht.

Es handelt sich um eine ganz rare Quellengattung, wenn nicht sogar die einzige ihrer Art: Junge Zöglinge schreiben über ihr Leben, die Zustände in den Fürsorgeerziehungsanstalten und über die Gesellschaft. Wir können damit Einblick in »Insider«-Sichtweisen gewinnen, gewissermaßen in die Einrichtung eintreten und sie mit den Augen der Jungen betrachten. Das Potenzial

der Texte ist enorm, sie sind ausgesprochen reichhaltig. Ein Blick auf das nützliche Sachregister reicht, um festzustellen, dass man sich mit Hilfe dieser Texte vielfältigen Dimensionen der Jugend – der Arbeit, des Geschlechts, der Sexualität, der Gewalt – nähern kann. Man kann nicht »nur« etwas über Sanktionsmechanismen in Erziehungsanstalten erfahren, sondern auch etwas über die Weimarer Republik, über die Weltanschauungen der Jugendlichen und über die Prozesse ihrer Identitätsbildung.

»Etwas« kann man darüber sicher erfahren, aber »was« genau?, haben sich die Handwerker/innen in dieser Werkstatt gefragt. Es sei angemerkt, dass die akribisch und gemäß den besten quellenkritischen Editionsprinzipien transkribierten Aufsätze von Abbildungen der Originale begleitet sind. Diese visuelle Reproduktion ist meiner Meinung nach viel mehr als eine einfache Bebilderung, denn sie zeugt von der Wichtigkeit der Dokumente. Die Entscheidung, so viele bildlich zu reproduzieren, spricht erstens von der aufregenden Erfahrung, die jede/r Archivar/in und Historiker/in kennt, »Originalen«, mehr oder weniger »alten« Texten physisch zu begegnen, sie vor Augen zu haben, in der Hand zu halten. Die Fotos geben etwas von der Erfahrung der Studierenden wieder, die Möglichkeit gehabt zu haben, Quellen »mit Händen zu greifen«. Zweitens sprechen die zahlreichen Reproduktionen von einer anderen, epistemologischen Frage: Die Quelle zu »berühren« bedeutet nicht, unmittelbar mit der Geschichte in Kontakt zu kommen.

Weit entfernt vom »Fetischismus der Quellen«, stellen die Herausgeber/innen in einer überzeugend argumentierenden Einführung, die das Buch im Forschungsstand verortet, die theoretischen und methodologischen Schwierigkeiten vor, die mit dieser Art von Quellen, also mit autobiographischen Texten einhergehen. Mit Bezug auf Benigna von Krusenstjern und Winfried Schulze diskutieren sie die Reichweite der Begriffe »Authentizität« und »Ego-Dokumente«. Darüber hinaus beziehen sie sich

auf George Herbert Mead, der die individuelle Identitätsbildung als einen sich ständig wandelnden, vom Sozialen geprägten Prozess dargestellt hat. So können sie deutlich machen, dass der Akt des autobiographischen Schreibens selbst als Prozess der Ichbildung verstanden werden kann, nicht als eine essentialistische und naive Beschreibung einer vorgängigen Identität. Die Aufsätze der Jungen aus Struveshof sind also »Ausdruck von Ich-Konstruktionen, aus denen dann wiederum Rückschlüsse auf die historisch bedingte Mentalität ihrer Verfasser gezogen werden können«. Der Nutzen dieser Quelle und vor allem ihrer kritischen Edition ist damit präzisiert: (Nur) bei quellenkritischer sowie theoretischer und methodologischer Sorgfalt ermöglichen sie, eine moderne Kultur-, Geschlechts-, Alltagsgeschichte und eine Geschichte »von unten« zu schreiben.

Autobiographische Texte und das Problem der Authentizität wurden in den letzten Jahrzehnten in der internationalen Gemeinschaft der Historiker und anderer Geistes- und Sozialwissenschaftler vielfach debattiert. Man denke nur an die Diskussionen der *Oral History*, die im Grunde mit so etwas wie autobiographischen Quellen arbeitet. Wenn man die Einführung liest, bekommt man dennoch den Eindruck, dass es den Herausgeber/innen am Herzen liegt, nicht nur die Grenzen der Quellen aufzuzeigen, sondern vielmehr auch die Legitimität ihrer Herangehensweise zu erläutern; sie wirken manchmal regelrecht defensiv gegenüber den Möglichkeiten, die autobiographische Texte bieten. Auch wenn es in einigen historiographischen Kreisen nicht mehr so notwendig ist, haben die Herausgeber/innen dennoch gut daran getan, die kritischen Überlegungen zu dieser spezifischen Quellengattung und die mit ihr verbundenen theoretisch-methodologischen Fragen ausführlich vorzustellen, da der Band sich nicht nur an Spezialist/innen, sondern auch an Student/innen und alle interessierten Leser/innen wendet. Damit habe ich einen weite-

ren Vorzug des Werks angedeutet: Er ist ein wertvolles Lehrmittel für Schulen und Hochschulen.

Das Buch ist also nicht einfach ein Sammelband, in dem die Autoren (nur) die Ergebnisse ihrer Forschungen mitteilen. Er präsentiert eher die Ergebnisse einer kollektiven Forschungserfahrung und stellt damit gleichzeitig ganz »altruistisch« ein wissenschaftliches Werkzeug dar, das äußerst nützlich sein kann für diejenigen, die Geschichte studieren und unterrichten.

STEFANO PETRUNGARO (REGENSBURG)

129

■ Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront

Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront, 1933–1945 (Geschichte der Gegenwart; Bd. 3), Göttingen (Wallstein Verlag) 2012, 710 S., 49,90 €

Tilla Siegel hat die rund 25 Millionen Mitglieder starke Deutsche Arbeitsfront (DAF) einmal als eine »Mischung aus Polizei, Sozialamt, Gewerbeaufsichtsamt, Volkshochschule und Wohnungsbaugesellschaft« bezeichnet. Wie die Studie von Rüdiger Hachtmann zeigt, war sie auch eine wirtschaftlich erfolgreich agierende Konzernholding, deren Gesellschaften von einer seit zwanzig Jahren boomenden Forschung über Unternehmen im Nationalsozialismus bisher nur wenig beachtet wurden. Schon angesichts der wirtschaftlichen Dimensionen ist dies ein überraschender Befund. Gemessen am Umsatz überflügeln die Unternehmen des Arbeitsfront-Konglomerats den Siemens-Konzern; ihre Beschäftigtenzahl verfünffachte sich binnen elf Jahren und erreichte 1944 fast 200.000 Arbeiter und Angestellte. Die Arbeitsfront war nach rasantem Wachstum zum zweitgrößten deutschen Versicherungsanbieter aufgestiegen; ihre Verlags- und Druckereibetriebe machten sie zugleich zum zweitgrößten Medienkonzern im Dritten Reich. In ihren Unternehmen prallte die Handlungslogik von marktwirt-

schaftlichem Unternehmertum und nationalsozialistischer Politik unmittelbar aufeinander. Sieht man nämlich von Neugründungen wie dem Volkswagenwerk oder Neuerwerbungen wie der Stettiner Vulkan-Werft ab, stammte ihr Unternehmensbesitz vorwiegend aus dem beschlagnahmten Vermögen der »gleichgeschalteten« Gewerkschaften und Angestelltenverbände.

Hachtmann zeichnet zunächst nach, wie die Arbeitsfront mit den Enteignungen des Jahres 1933 ins Leben trat und damit zugleich ein erstes eigentumsrechtliches Präjudiz für die systematische »Arisierung« jüdischen Unternehmensbesitzes schuf. Der unübersichtliche Mischkonzern hatte bis 1938 keine funktionsfähigen Kontroll- und Leitungsstrukturen, und auch danach gab es keine zentral koordinierte Geschäftspolitik. Vielmehr verfügten die einzelnen Gesellschaften über große Autonomie. Dieser Befund rechtfertigt die systematische Gliederung des empirischen Hauptteils. Sechs Querschnittskapitel orientieren sich an den Sparten des Konzerns: Banken, Versicherungen (Volksfürsorge und Deutscher Ring), Verlage (Hanseatische Verlagsanstalt, Langen-Müller-Verlag, Büchergilde Gutenberg), Konsumgenossenschaften, Wohnungsunternehmen, schließlich der Fahrzeug- und Schiffbau mit dem nur kursorisch erwähnten Volkswagenwerk, dessen NS-Geschichte bereits bestens erforscht ist. So nachvollziehbar der systematische Aufbau aus inhaltlichen Gründen ist, so sehr leidet darunter allerdings die Lesbarkeit. Weil die Entwicklung der Sparten jeweils über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet wird, bleiben Querverbindungen zunächst viel zu undeutlich, und bei der Lektüre müssen die zwölf Jahre des Dritten Reiches gleich sechs Mal durchschritten werden.

Im aufschlussreichen Kapitel über das Personal der Unternehmen zeigt Hachtmann überzeugend, dass eine besondere Organisationskultur und der Habitus des Leitungspersonals den Konzern zusammenhielten. Exponenten der Arbeiterbewegung

wurden einerseits entlassen und die Betriebe sofort mit langjährigen Nationalsozialisten durchsetzt, was häufig zu Lasten von Kompetenz und Qualifikation ging. Andererseits finden sich aber ebenso zahlreiche Belege für eine bemerkenswerte personalpolitische Kontinuität und Anpassungsbereitschaft über das Jahr 1933 hinaus. Das rasche Wachstum der Unternehmen ging nicht nur auf politische Rückendeckung durch die Mutterorganisation zurück, sondern auch auf die Ideenwelt der sehr jungen Manager. Als Außenseiter gelangten sie mitunter bereits als Mittzwanziger in Leitungspositionen, die ihnen nach den Regeln des Bewährungsaufstiegs üblicherweise noch auf Jahrzehnte verwehrt geblieben wären. Sie propagierten ein sozialdarwinistisch eingekleidetes Wettbewerbsdenken und trieben die Expansion ihrer Unternehmen aggressiv voran.

Beim Blick auf die politische Leitung der Arbeitsfront greift Hachtmann auf das von Max Weber entlehnte Konzept des charismatischen Verwaltungsstabes zurück. Es beschreibt eine Organisationskultur, die den Ausbruch aus der bürokratischen Routine und die sprunghafte Improvisation gleichsam auf Dauer stellt und deshalb auf wirtschaftliche Konkurrenten oder politische Gegner unberechenbar oder bedrohlich wirkt. Die Unternehmen der Arbeitsfront wiesen demgegenüber zwar wesentlich stärker ausgeprägte bürokratische Routinen auf. Aber zugleich erfüllten auch sie eminent politische Funktionen, indem sie ganze Märkte umwälzen (»Volkswagen«, »Volks-traktor«), Konsumhoffnungen wecken (»Volkskühlschrank«) und die Arbeiterschaft für die Volksgemeinschaft gewinnen helfen sollten. In seinem glänzenden Schlusskapitel arbeitet Hachtmann heraus, wie systematisch die früheren Selbsthilfeeinrichtungen des Arbeitermilieus in unternehmerische Agenturen des NS-Systems umgewandelt wurden: Von Beginn an galt es, jene »Korsettstangen« zu brechen, die das proletarische Milieu über Jahrzehnte stabilisiert hat-

ten. So gelang es Robert Ley in einer Allianz mit den alten Eliten in Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium, die Umwandlung von Genossenschaften durchzusetzen. In der autoritär organisierten und rassistisch abgegrenzten Volksgemeinschaft war kein Platz für deren Ideen von Basisdemokratie, Solidarität und Selbsthilfe. Wenn an die Stelle solcher Werte nun die Hoffnung auf eine breite Teilhabe am Massenkonsum trat, war dies fraglos ein wichtiges Instrument der Herrschaftsstabilisierung.

Die Untersuchung schließt mit einer reizvollen Erörterung langfristiger Struktureffekte. Hachtmann erblickt sie einerseits in der Schwächung des Arbeitermilieus, die sich nach dem Einschnitt von 1945 eben nicht mehr rückgängig machen ließ und die unter den Bedingungen des Wirtschaftswunders weiter voranschritt. Andererseits scheint sich in den DAF-Unternehmen die Kultur der Größe und des besonders aggressiven Wachstumsstrebens langfristig erhalten zu haben, wozu die personellen Kontinuitäten in den restituierten Unternehmen ebenso beitrugen wie die wirtschaftlichen Bedingungen der zweieinhalb Jahrzehnte währenden Nachkriegsprosperität. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Booms mündete diese Kultur der fordistischen Massenproduktion dann mit den Skandalen um Neue Heimat und Coop in den Zusammenbruch eines alternativen Wirtschaftsektors und seiner dauerhaften Diskreditierung.

TIM SCHANETZKY (JENA)

■ Staatsschutz in Westdeutschland

Dominik Rigoll, Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts; Bd. 13), Göttingen (Wallstein) 2013, 524 S., 39,90 €

Die missglückte Entnazifizierung und der Beginn der restaurativen Vergangenheitspolitik der frühen Bundesrepublik, die mit der Integration der NS-Funktionselementen in die staatlichen Institutionen einherging, ist in der neueren zeithistorischen Forschung vielfach beschrieben worden. Rückblickend vom sogenannten Radikalerlass bzw. Extremistenbeschluss von 1972 beleuchtet Dominik Rigoll diese Phase neu, indem er eine generationell und erfahrungsgeschichtlich argumentierende Mentalitätsgeschichte politischer Inklusion und Exklusion der frühen Bundesrepublik vorlegt. »Staatsschutz« ist für Rigoll ein breiter Begriff, mit dem hier weniger die Arbeit der Sicherheitsbehörden, sondern vielmehr die Geschichte der Zugangsbeschränkung zum westdeutschen Staatsdienst verstanden wird.

Mit dem Blick auf die Gründungsphase der Bundesrepublik zeigt Rigoll, dass die alten, zum Teil schwer belasteten NS-Funktionselementen, die nach 1949 wieder in den Staatsdienst aufgenommen wurden, die Gruppe der »45er« – NS-Verfolgte, Angehörige des Widerstands und Emigrierte, die von den Alliierten nach 1945 wegen ihrer politischen Verlässlichkeit eingesetzt worden waren – zunehmend aus dem Staatsdienst drängten oder auf weitgehend unbedeutende politische Ämter absoben. Indem Rigoll die politischen Anliegen der »45er« nachzeichnet und die Wiedereinführung der politischen Strafjustiz betont, kann er zeigen, dass der vielbesprochene »antitotalitäre Konsens« der westdeutschen Gesellschaft wichtige Gegenstimmen hatte, die jedoch zunehmend ins Abseits gedrängt oder politisch verfolgt wurden. Nach den Verboten der

SRP 1952 und der KPD 1956 erreichte die Strafverfolgung von Kommunisten zu Beginn der 1960er Jahre ihren Höhepunkt mit jährlich rund 14.000 eingeleiteten Verfahren. Insgesamt wurden in der Zeit bis 1968 rund 7.000 Menschen wegen »verfassungsfeindlicher« Delikte verurteilt. Die Verfolgung von Kommunisten in der Bundesrepublik sei, so Rigoll, nicht nur aufgrund des Antikommunismus und der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz so vehement gewesen, sondern auch, weil die von Rigoll als »49er« bezeichnete Gruppe ein »materielles Interesse« daran gehabt hätte, jene politische Gruppe »mundtot« zu machen, die aus »der NS-Belastung eines Beamten oder Richters dessen mangelnde Eignung ableitete« und dies auch öffentlich als Gefahr für Staat und Demokratie artikulierte.

Die den Berufsverboten der 1970er Jahre zugrunde liegenden politischen Beschlüsse und juristischen Verfahren deutet Rigoll als Erneuerung des Adenauer-Erlasses von 1950. Im Rahmen der sogenannten »Regelanfrage« wurden zwischen 1973 und 1978 rund 1,3 Millionen Personen, die sich um Stellen des öffentlichen Dienstes bewarben, vom Verfassungsschutz überprüft und rund 1.000 nicht in den Staatsdienst aufgenommen. Rigoll beschreibt hier die vielfältigen vergangenheitspolitischen Implikationen der »Gesinnungsschnüffelei« und politischen Ausgrenzung, von denen insbesondere Mitglieder der DKP betroffen waren. Ob allerdings tatsächlich, wie von Rigoll konstatiert, die »fehlende Verfolgungserfahrung« der mittlerweile in die staatlichen Institutionen aufgerückten HJ-Generation verhinderte, dass die Gefahr eines überbordenden Staatsapparats für das politische Gemeinwesen erkannt wurde, erscheint auch nach der Lektüre des Buchs mehr als interpretationsfreudige Hypothese denn als wirklich anhand der Quellen nachweisbar.

Das Buch versteht sich als ein kritischer Beitrag zur verbreiteten These der Liberalisierung der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren und ist eine wichtige Ergänzung zu Josef

Foschepoths Studie *Überwachtes Deutschland* (2012). Während Foschepoth für die SPD der späten 1960er Jahre und die sozialliberale Koalition in kritischer Abgrenzung zu Brandts bekanntem Slogan von »mehr Staat wagen« spricht, überschreibt Rigoll sein Kapitel zu den frühen 1970er Jahren mit »mehr Demokratie fürchten«: Mehr Demokratie fürchteten zunächst die konservativen Eliten, was Rigoll exemplarisch an Helmut Schelskys Schrift *Strategie der Systemüberwindung* deutlich macht. Rigoll verweist sodann anhand des im Rahmen der Notstandsgesetze mitverabschiedeten Abhörgesetzes darauf, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Hinblick auf die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Grundrechte in den 1950er Jahren noch liberaler war, als zu Beginn der 1970er Jahre. Begründet wird dies mit den biografischen Erfahrungen der im ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts tätigen Richter, die bis in die 1960er Jahre noch weitgehend von »45ern« gestellt wurden. Zeigen kann Rigoll auch, dass es bei der Durchsetzung der »Berufsverbote« den staatlichen Behörden ganz explizit um Einschüchterung und Abschreckung ging. Dies war durchaus erfolgreich, da viele Bewerber für den Staatsdienst nach einer ersten Ablehnung ihre Bewerbungen zurückzogen und nicht den – staatlich erschwerten – »Rechtsweg« beschritten.

Rigolls 500-seitige Studie ist beeindruckend detail- und kenntnisreich. Das Personenregister umfasst um die 600 Einträge und in teils steckbriefähnlichen Kurzbiografien geht Rigoll auf die Lebensläufe von »45ern« und »49ern« ein, die sich meist auf Ausbildung, Hochschulaktivitäten, Mitgliedschaften in politischen Parteien und Organisationen sowie die Tätigkeit in mehr oder minder »sicherheitsrelevanten« Institutionen konzentrieren müssen. Durch den weitgehend auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit ausgerichteten biografischen Ansatz werden die Bedeutung des Kalten Kriegs und die verflochtene deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte für die

Geschichte der politischen Ausgrenzung aus dem Staatsdienst relativiert. Während aber der Extremistenbeschluss richtiger Weise auch in die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen der Post-68er-Ära eingebettet wird, fehlt eine nähere Beleuchtung der Auswirkungen, die die Auseinandersetzung mit dem RAF-Terrorismus auf die Praxis der Berufsverbote hatte.

Rigoll geht wiederholt auf die sicherheitspolitische Relevanz der bundesdeutschen Personalpolitik ein. Dass die zurückkehrenden Funktionseliten von den Alliierten zunächst auch als ein Sicherheitsproblem begriffen wurden, erscheint eindeutig. Andererseits wurde deren Rückkehr aber langfristig wohl stärker als Problem der Renazifizierung und Remilitarisierung, mehr als Demokratie- denn als Sicherheitsproblem wahrgenommen. Rigoll tendiert dazu, Fragen des Staats- und Verfassungsschutzes vorzeitig zu »versicherheitlichen«, indem er von äußerer und innerer Sicherheit schon für die 1950er Jahre spricht. Dadurch gelingt es ihm zwar, wichtige Kontinuitäten sichtbar zu machen, andererseits überdeckt er damit wohl doch, dass mit der »Politik der inneren Sicherheit« seit Ende der 1960er Jahre eine gesellschaftspolitische Dimension mitgemeint war, die eine stark integrative und in gewisser Weise »entpolitisierte« Rhetorik implizierte. So verlor mit der schrittweisen Aufhebung der Regelanfrage seit 1978 nicht nur der vielbeschworene Schlusssatz aller Demokraten der »großen Koalition der inneren Sicherheit« an Glanz, sondern auch der antitotalitäre, letztlich antikomunistisch ausgerichtete »Konsens« seine tragende Bedeutung als bundesrepublikanische Staatsidee. Insofern hätte eine schärfere Beachtung des semantischen Wandels und der Sprachspiele der Politik wohl zeigen können, dass als Konsequenz der Neuausrichtung bundesrepublikanischer Politik und der gesellschaftlichen Kämpfe seit 1968 der Schutz des Staates als Selbstzweck seine Strahlkraft eingebüßt hatte.

ACHIM SAUPE (POTSDAM)

■The Birth of Neoliberal Politics

Daniel Stedman Jones, *Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics*, Princeton/Oxford (Princeton UP) 2012, 418 S., 26,95 €

Im Jahr 1987 veröffentlichte der US-Autor Tom Wolfe seinen ersten Roman *The Bonfire of the Vanities*, in dem die Hauptfigur, der erfolgsverwöhnte Wall-Street-Makler Sherman McCoy, ihrer Hybris durch die Selbstbeschreibung als *Master of the Universe* Ausdruck verleiht. Dieser übersteigerten Gesellschaftssatire entleiht der englische Jurist und Historiker Daniel Stedman Jones den Titel seiner Monografie über die Entwicklung neoliberaler Wirtschaftstheorien seit den 1940er Jahren bis hin zu deren »realpolitischem Durchbruch« ab den späten 1970er Jahren in den USA und Großbritannien. Dass diese symbolisch aufgeladene Sprachfigur Stedman Jones sowohl als Ausgangspunkt als auch als Kontrapunkt zu seinem eigenen Blickwinkel auf den Gegenstand dient, wird von Beginn an deutlich.

Unmissverständlich grenzt sich der Autor von den bisher in der ideengeschichtlichen Forschung vorherrschenden »Erfolgsgeschichten« des Neoliberalismus ab und beginnt seine Analyse mit der Thematisierung von deren blinden Flecken. Werke wie *Thinking the Unthinkable* von Richard Cockett oder George Nashs *The Conservative Intellectual Movement in America* kränken seiner Meinung nach vor allem daran, dass sie der Selbstwahrnehmung der von ihnen behandelten Akteure folgen, indem sie einen unabwendbaren Aufstieg des Neoliberalismus auf einer Einbahnstraße von der Idee bis hin zur politischen Umsetzung beschreiben. Dieses Narrativ sei in einer weiteren Variante auch unter kritischen Autoren und Autorinnen des linken politischen Spektrums wie Stuart Hall oder Radikha Desai verbreitet und gehe von einer global wirksam werdenden »ideologischen Hegemonie« der Ökonomen um die so genannte Zweite

Generation der *Chicago School* aus. Zwar gäben derartige Arbeiten einen wertvollen Einblick in die Verbindungen von US-Wissenschaft, Wirtschaft und politischer Sphäre, aber auch hier würde mit zu einfachen Kausalverbindungen zwischen den Einzelakteuren gerechnet und damit die Perspektive auf eine Umsetzung neoliberaler Theoreme nach US-amerikanischem Vorbild verkürzt. Neoliberalismus werde dadurch auf einen pejorativen Kampfbegriff und dessen ebenfalls negativ konnotierte Ikonen Friedrich Hayek, Milton Friedman sowie Ronald Reagan und Margaret Thatcher reduziert.

Beiden Forschungssträngen sei zusätzlich eigen, dass sie ungeeignete räumliche Bezugsrahmen für ihre Darstellungen wählten. Sowohl rein national orientierte Studien als auch Arbeiten mit dem Anspruch der Beschreibung eines globalen Phänomens gingen an einem wesentlichen Spezifikum der Entwicklung des Neoliberalismus vorbei, nämlich deren konkreter Anbindung an einen transatlantischen Wissenstransfer und eine stete Netzwerkarbeit zwischen Einzelakteuren und Institutionen in Kontinentaleuropa, Großbritannien und den USA.

In der Betonung eben dieser Strukturen liegt der Kern der ersten von drei Prämissen, um die *Masters of the Universe* inhaltlich kreist. Der Autor schließt damit an Daniel Rogers und seine Arbeit *Atlantic Crossings* von 1998 an, die eine Geschichte der Sozialpolitik vom Anfang bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts schreibt. So werden einerseits Bezugspunkte und andererseits Konflikte innerhalb der theoretischen und praktischen Spielarten des Neoliberalismus sichtbar, die in der bestehenden Fachliteratur zum Thema oft untergehen. Ebenso werden Verbindungen zu älteren Denkansätzen in ihrer Relevanz für die Selbstwahrnehmung des neoliberalen Lagers bewertbar: zum Liberalismus eines Adam Smith, zu Aufklärern wie David Hume, zum klassischen Konservatismus oder zu Kontrahenten um die Deutungsmacht der sozio-ökonomi-

schen Nachkriegsordnung im Gefolge John Maynard Keynes.

Zweitens vermeidet Stedman Jones eine zu laxen Verwendung des Begriffes Neoliberalismus, indem er sich auf eine »intellectual history of the political development of neoliberal thought« konzentriert. Eine wesentliche Stärke des Buchs besteht im Aufzeigen von je zeitabhängigen Diskussionen und Beziehungen innerhalb eines sich in steter Weiterentwicklung befindlichen Netzwerks zwischen Wissenschaft, Think-Tanks, Geldgebern, Medien, Parteien und einzelnen Politikern dies- und jenseits des Atlantiks. Entsprechend deutlich wird, dass einfache Kausalketten von der ökonomischen Idee hin zu einer dogmatischen Umsetzungspraxis im politischen Raum kaum ein angemessenes Erklärungsmuster darstellen.

Drittens wird der Neoliberalismus als Bewegung im intellektuellen und im politischen Sinne verstanden. Vor allem im letzten Teil des Buchs macht der Autor die Schwierigkeiten und unterschiedlichen Prioritäten deutlich, die bei der Übersetzung von verschiedenen Einzelteilen aus dem neoliberalen Denkbaukasten in die reale Politik der Reagan- und Thatcher-Administrationen zu Tage traten. Am Beispiel des Politikfelds »Sozialwohnungsbau und städtische Entwicklung« wird gezeigt, dass sowohl historische Darstellungen, die von einer Art natürlicher Evolution im Sinne eines neoliberalen Masterplans mit Ursprung im Umfeld der *Chicago School* ausgehen, als auch jene, die einer durch die Krisenphänomene der 1970er Jahre ausgelösten neoliberalen Revolution das Wort reden, letztlich dem Quellennarrativ der beteiligten Akteure aufsitzen.

Auf diese Weise fasst das gewählte Beispiel noch einmal pointiert die Essenz der Thesen des Autors zusammen und macht sie am Ende des Buchs konkreter fassbar. Der Aufbau des Werks ist ansonsten streng chronologisch geordnet, setzt in den 1940ern ein und behandelt in den insgesamt sieben inhaltlichen Kapiteln alle wesentlichen Zeitabschnitte, in denen sich sowohl die neoli-

berale Theorie als auch die in diesem Sinne aktiven Institutionen langsam herausbilden, auf Widerstände stießen und sich schließlich auch im politischen Mainstream etablierten.

Das von Stedman Jones verwendete Quellenmaterial orientiert sich klar an der Ausrichtung der Arbeit als reine Elitestudie und umfasst neben den Schriften der behandelten Theoretiker, deren Briefwechsel untereinander und mit Unterstützern, Positionspapiere von Think-Tanks und anderen politischen Institutionen, autobiografische Zeugnisse, Reden und Manuskripte sowie Tagungsprogramme. Als besonders erhellend erweisen sich die Interviews, die der Autor mit vielen der Protagonisten geführt hat und die seine eigenen Beschreibungen zur Ausformung der transnationalen Zusammenarbeit sowie zur Heterogenität und zeitlichen Kontextabhängigkeit der neoliberalen Akteure sinnvoll unterstreichen. Stedman Jones' Schreibstil ist dabei, trotz kritischer Haltung gegenüber dem Gegenstand, angenehm unaufgeregt und sehr gut lesbar. Die persönliche Position des Autors klingt erst im Fazit des Buchs an, was bei den größtenteils normativ geführten Fachdebatten um die Geschichte ökonomischer Theorie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts leider nicht immer selbstverständlich ist. Eine sinnvoll kommentierte Bibliografie und ein benutzerfreundliches Register ergänzen den positiven Gesamteindruck.

Gerade mit Blick auf eine »Geschichte der Krisen der Gegenwart«, als die Stedman Jones sein Buch verstanden wissen möchte, wäre eine breiter angelegte Untersuchung zeitgenössischer Reaktionen jenseits der oben genannten Akteure sinnvoll gewesen, um eine Bewertung des Erfolgs im Kampf um Deutungshoheit auch außerhalb der Elitenebene zu ermöglichen. Dass eine derart erweiterte Darstellung mit geeignetem Quellenmaterial durchaus möglich ist, zeigt unter anderem Ben Jackson in seinem jüngst erschienenen Artikel »The Think-Tank

Archipelago: Thatcherism and Neo-Liberalism«. Die stärkere Einbeziehung beispielsweise von in den Medien geführten Diskussionen hätte aufzeigen können, warum, trotz kritischer Stimmen und erbittert geführter »Glaubenskämpfe« um den beschriebenen Paradigmenwechsel, breite Teile der betroffenen Gesellschaften bereit waren, den Wandel mit zu vollziehen.

Die besondere Leistung von *Masters of the Universe* bleibt aber, dass hier Ideengeschichte nicht im luftleeren Raum geschrieben wird, sondern dass der Autor hervorragend in der Lage ist, seiner Leserschaft detailliert zu zeigen, wie ökonomische Theoriebildung und Wissenschaftsbetrieb in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der sie umgebenden wirtschaftlichen und politischen Konstellation interagieren und welche Früchte diese Interaktion für die realpolitische Arena trägt.

SEBASTIAN THEUERKAUF (HALLE AN DER SAALE)

■ Die Erfindung des Bruttosozialprodukts

Daniel Speich Chassé, Die Erfindung des Bruttosozialprodukts. Globale Ungleichheit in der Wissensgeschichte der Ökonomie (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 212), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2013, 344 S., 3 Tab., 5 Grafiken, 54,99 €

Die Ungleichheit zwischen nördlichen »Industrieländern« und südlichen »Entwicklungsländern« hat eine zentrale Bedeutung in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Von dieser Annahme ausgehend fragt Speich Chassé anders als die bestehende historische Forschung zum Nord-Süd-Konflikt weder nach politischen Handlungen, welche Ungleichheit hervorriefen, noch nach den Folgen und Effekten entwicklungspolitischer Maßnahmen zu ihrer Beseitigung. Stattdessen interessiert ihn, aufgrund welcher Wissensbestände und Definitionen von Armut und Reichtum wir überhaupt davon ausgehen, dass globale Ungleichheiten exis-

tieren. Dieses Erkenntnisinteresse führt ihn dann auch sogleich zum Gegenstand seiner Untersuchung, dem Bruttosozialprodukt (BSP). Denn mit dem BSP und dem BSP pro Kopf werden seit Mitte des letzten Jahrhunderts bis in die Gegenwart der »Wohlstand« der Nationen gemessen und durch den Vergleich der Daten für verschiedene Staaten globale Wohlstandsgefälle behauptet. Das Volkseinkommen, so Speich Chassés Ausgangsüberlegung, wurde im 20. Jahrhundert zum »Kern einer Weltbetrachtung«, welche den Globus ähnlich wie kartographische Karten strukturiert und jeder Nation ihren Platz zuweist.

Von diesen Annahmen ausgehend formuliert Speich Chassé drei Leitfragen: 1. Wie entsteht wissenschaftsgeschichtlich das BSP als Produkt und Abstraktion einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung? 2. Wie kommt es zur globalen Durchsetzung, Verbreitung und Standardisierung dieser machtvollen Zahl und 3. wie lässt sich eine Wissensgeschichte der Makroökonomie überhaupt schreiben bzw. wie ordnet sich die Geschichte des BSP in Debatten über die »Verwissenschaftlichung des Sozialen« ein?

Im ersten Teil seines Buchs zeichnet Speich Chassé die fachinternen Debatten um Methoden, Daten und Erkenntnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften zwischen den 1920er und 1950er Jahren nach. Dabei zeigt er überzeugend auf, dass es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar Überlegungen gab, das BSP eines Landes zu berechnen. Allerdings existierte unter Ökonomen kein Konsens darüber, wie es zu berechnen sei. Mit der Analyse zahlreicher Fachaufsätze, Tagungsbände und Rezensionen arbeitet Speich Chassé eine innerfachliche Debatte heraus, in welcher die große Mehrheit der Fachvertreter bis in die 1940er Jahre hinein extrem skeptisch gegenüber Versuchen war, das BSP eines Landes zu berechnen. Kritiker des BSP verwiesen auf das unzulängliche Datenmaterial, das den Berechnungen zugrunde lag, sowie auf den

höchst selektiven Einbezug von vorhandenen Daten in die verwendeten Berechnungsmodelle und die »Starrheit« der Modelle, welche historische und nationale Eigenheiten der jeweiligen Volkswirtschaften nicht berücksichtigten. Noch stärker war diese Kritik im Hinblick auf Versuche, das BSP verschiedener Länder zu vergleichen.

Vor diesem Hintergrund wundert es wenig, dass eine erste vergleichende Berechnung 1940 von einem Außenseiter in den Wirtschaftswissenschaften, Colin Clark, unternommen wurde. Dieser war sogar von Cambridge an eine australische Universität gewechselt, um seine Studie fertig stellen zu können. Wenig überraschend ist auch, dass seine Ergebnisse bei seinen europäischen und amerikanischen Kollegen auf Skepsis und Ablehnung stießen. Dies ging so weit, dass seine Arbeit sogar als »Scharlatanerie« bezeichnet wurde. Was vor dem Hintergrund dieser massiven innerfachlichen Kritik an Clarks Studie aber verwundert, ist die Tatsache, dass wenige Jahre später dessen Herangehensweise zum kaum mehr hinterfragten methodischen Standardrepertoire der Makroökonomien zählte und das BSP zu einer wissenschaftlichen und politischen Leitkategorie zur Betrachtung der Welt aufgestiegen war.

Bisher wurde die Durchsetzung des BSP trotz der zeitgenössischen fachinternen Kritik vor allem mit fachinternen Entwicklungen erklärt. In linearen Fortschrittsgeschichten wird Colin Clark als einsamer Vorreiter beschrieben, dessen Auffassungen sich aufgrund seiner Genialität mit der Zeit gegen innerfachliche Irrtümer durchgesetzt hätten.

Gegenüber diesem Narrativ nimmt Speich Chassé die zeitgenössische fachinterne Kritik ernst und zeigt Kontingenzen in der ökonomischen Fachgeschichte auf. Die Verbreitung und Durchsetzung des BSP als Beschreibungskategorie der Welt lasse sich, so Speich Chassés These, angesichts der innerfachlichen Widerstände gegen das BSP nicht ausschließlich aus der Disziplinge-

schichte der Ökonomie heraus erklären. Vielmehr müssten »die politischen Anwendungskontexte von ökonomischer Expertise und der Wandel des Gegenstandsverständnisses der Ökonomie parallel untersucht und argumentativ verbunden« werden, um die Durchsetzung des BSP zu verstehen. Dementsprechend gewichtet Speich Chassé in seiner Analyse die außerfachlichen Faktoren in der Entstehungsgeschichte des BSP deutlich stärker als bisherige Geschichten und arbeitet diese Faktoren im zweiten Teil seiner Studie überzeugend heraus.

Ausschlaggebend für die globale Verbreitung und Wirkung des BSP sind für Speich Chassé zwei interdependente Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg, die zum Wandel der internationalen Ordnung führten. Erstens sind die Gründung der Vereinten Nationen und die dadurch beginnende Phase des politischen Universalismus untrennbar mit der Internationalisierung und Verbreitung volkswirtschaftlicher Methoden und Beschreibungskategorien verbunden. Da die Kategorie der »Rasse« nach dem Zweiten Weltkrieg diskreditiert war, brauchten die Vereinten Nationen neue Kategorien zur Beschreibung der Welt, die ihr politische Handlungsmöglichkeiten eröffneten und damit zu ihrer Legitimation beitrugen. Das BSP und der dahinter stehende wissenschaftliche Universalismus boten solche Möglichkeiten. Es versprach eine apolitische, rein technisch-wissenschaftliche Beschreibung der Welt, machte globale Kommunikation möglich, materielle Ungleichheiten sichtbar und verschaffte den Vereinten Nationen eine Aufgabe, nämlich die Beseitigung dieser Ungleichheiten. Zweitens sieht Speich Chassé in der Dekolonisation einen Prozess, der die Verbreitung des BSP begünstigte. Denn obwohl die ökonomischen Experten Zweifel daran hatten, ob es sinnvoll sei, mit ihren an westlichen Industriestaaten entwickelten Modellen das BSP eines afrikanischen Staates zu berechnen und obwohl davon auszugehen war, dass diese Modelle die postkolonialen Staaten

ärmer darstellten, als sie es wohl tatsächlich waren, hatte die politische Elite der neuen Staaten ein großes Interesse daran, das BSP ihrer Nation zu bestimmen. Denn, so die Logik der neuen Machthaber, um das BSP zu berechnen, brauchte es zunächst einen anerkannten Staat, für den sich das Volkseinkommen bestimmen ließ. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, so Speich Chassé, war aus diesem Grund ebenso wie die Flagge und die Nationalhymne eine bedeutende Form der Souveränitätsbekundung der neuen Staaten. Beide Prozesse zusammen, die Entstehung der Vereinten Nationen und die Dekolonisierung, sorgten damit trotz der fachinternen Skepsis an der Aussagekraft des BSP für dessen weltweite Verbreitung, Standardisierung und Etablierung als Gradmesser für wirtschaftliche Entwicklung. Das BSP trat seinen Siegeszug an, nicht weil es realitätsnah war, sondern weil es die Komplexität der Welt auf eine einzelne Zahl reduzierte und sich in vielfältigen Kontexten politisch instrumentalisieren ließ. Gleichwohl verweist Speich Chassé auf die Kontingenz dieses Siegeszugs, denn die fachinterne und außerfachliche Kritik am Berechnungsmodell des BSP ist nie verstummt. Seit den 1950er Jahren waren die Befürworter des BSP in fachinternen und außerfachlichen Debatten aber stets lauter als die Skeptiker.

Im dritten Teil der Studie ordnet Speich Chassé seine Ergebnisse in eine Wissensgeschichte der Ökonomie ein. Er nimmt eine Modifikation von Lutz Raphaels These von der »Verwissenschaftlichung des Sozialen« vor. Erstens verweist er darauf, dass die Verwissenschaftlichung des Sozialen nicht erst mit Beginn der Moderne um die 1880er Jahre, sondern zumindest in der Ökonomie schon deutlich früher, um das Jahr 1800, einsetzte. Zweitens widerspricht er der Trennung von Wissenschaft und Sozialem. Für ihn ist das Soziale nichts, was außerhalb der Wissenschaft existiert und von dieser dann beschrieben und analysiert wird, sondern das Soziale ist für Speich Chassé überhaupt

erst ein Produkt der Wissenschaft. Erst Wissenschaftler und Experten erzeugten das Soziale und machten es dadurch auch zum Gegenstand von Politik. Drittens argumentiert er, dass die Verwissenschaftlichung des Sozialen nicht in den 1970er Jahren endet. Zwar sah man in dieser Zeit die Unmöglichkeit großer Planungen ein und betrieb eine konsequente Maßstabsverkleinerung. Doch der gesellschaftliche Planungs- und Gestaltungsglaube an sich verschwand keineswegs, er wurde höchstens eleganter und selbstreflexiver. Die Zahlensprache der Ökonomie lässt Techniker und Experten weiterhin geeigneter als politische Interessensvertreter zur Regulation von Wirtschaftsprozessen erscheinen.

Mit seinem Buch gelingt es Speich Chassé vorbildlich, mit wenigen Worten viel zu sagen; die Studie bleibt deutlich unter

300 Seiten. Zudem versucht Speich Chassé erfreulicherweise nicht, den Eindruck zu erwecken, die Geschichte des BSP erschöpfend und endgültig abgehandelt zu haben. Er verweist immer wieder auf noch bestehende Desiderate, weshalb die Lektüre auch zahlreiche Anregungen für weitere Forschungen liefert. Beispielsweise ist noch wenig zur Entstehung der sowjetischen Makroökonomie oder zur Einführung und praktischen Umsetzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den spät- und postkolonialen Staaten bekannt. Seine anfangs formulierten Leitfragen beantwortet Speich Chassé allerdings in einer klugen und äußerst überzeugenden Art und Weise. Die Leser werden zum Mitdenken angeregt und zugleich eröffnet sich ihnen ein neuer Blick auf unsere Gegenwart.

JÜRGEN DINKEL (GIESSEN)